



Sitzung vom
22. Juni 2021

Mitgeteilt den
29. Juni 2021

Protokoll Nr.
586/2021

Auftrag Caviezel (Davos Clavadel)

betreffend Anerkennung von Mindereinnahmen/Mehrkosten COVID-19 ab März 2021

Antwort der Regierung

Die Regierung hat mit Beschluss vom 14. April 2020 (Prot. Nr. 289/2020) die Verordnung zur Auszahlung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen an öffentliche Spitäler und zur Übernahme von Einnahmeausfällen bei Spitälern als Massnahme zur Bewältigung der COVID-19 Pandemie erlassen. Die bis 28. Februar 2021 geltende Verordnung bezweckte die Übernahme von Einnahmeausfällen, die auf das vom Bundesrat ab 21. März 2020 verordnete Verbot, nicht dringend angezeigte medizinische Untersuchungen, Behandlungen und Therapien (Eingriffe) durchzuführen [Art. 10a Abs. 2 der Verordnung 2 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19) (COVID-19-Verordnung 2; SR 818.101.24)] zurückzuführen waren. Dieses Verbot wurde per 27. April 2020 vom Bundesrat wieder aufgehoben. Den meisten Betrieben gelang es im Verlauf des Jahres 2020, zumindest einen Teil der aufgeschobenen Eingriffe nachzuholen. Entsprechend muss ein Teil der ausbezahlten 27.8 Mio. Franken wieder zurückbezahlt werden. Gemäss Selbstdeklaration der Betriebe per Ende 2020 beläuft sich der zurückzuzahlende Betrag auf rund 6.7 Mio. Franken. Die definitive Höhe der Beiträge wird nach Prüfung der Angaben der Betriebe von der Regierung festgelegt werden.

Die Weiterführung der Deckung der Einnahmeausfälle der Spitäler auch für das Jahr 2021 wäre im Vergleich zum Rest der Wirtschaft unfair, da die Einnahmeausfälle im Jahr 2021 nicht mit einem Verbot von Eingriffen begründet werden kann, sondern primär am Rückgang des Tourismus bzw. der allgemeinen wirtschaftlichen Lage liegen. Im Bereich der Härtefallentschädigung von Unternehmen werden Gelder gesprochen, wenn die Umsatzeinbusse mind. 40 Prozent betrug oder ein Unternehmen während mindestens 40 Tagen behördlich geschlossen war. Im Auftrag wird der Rückgang der stationären Auslastung mit durchschnittlich 12 Prozent beziffert. Unter Berücksichtigung der Vorgabe für die Ausrichtung einer Härtefallentschädigung erscheint eine Weiterführung der Deckung der Einnahmeausfälle und eine dementsprechende Erarbeitung einer Rechtsgrundlage nicht angebracht.

Für die Deckung der im Zusammenhang mit der Pandemie zusätzlich angefallenen Mehraufwendungen reicht Art. 24 Abs. 2 lit. i des Gesetzes über die Förderung der Krankenpflege und der Betreuung von betagten und pflegebedürftigen Personen (Krankenpflegegesetz, KPG; BR 506.000) aus. Gemäss Umfrage bei den Betrieben belaufen sich die Mehrkosten im ersten Quartal 2021 auf rund 1.8 Mio. Franken, hochgerechnet aufs ganze Jahr 2021 also knapp über 7 Mio. Franken. Die Regierung beabsichtigt, diese Mehrkosten als gemeinwirtschaftliche Leistungen der medizinischen Vorsorge für Notlagen und Katastrophen anzuerkennen und mit zusätzlichen Beiträgen zu decken.

Zu Punkt 1: Die Übernahme der pandemiebedingten Mehrkosten kann im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Grundlagen erfolgen. Die Übernahme der Ertragsausfälle erscheint im Verhältnis zu den anderen Unternehmen im Kanton als stossend, weshalb auf die Erarbeitung einer neuen Rechtsgrundlage zu verzichten ist.

Zu Punkt 2: Die Kommission für Gesundheit und Soziales (KGS) hat in der Junisession 2011 einen Auftrag betreffend Überprüfung der Aufgaben- und Finanzentflechtung der Krankenpflege eingereicht. Der in der Folge eingesetzte externe Gutachter hat insbesondere geprüft, unter welchen Voraussetzungen ein Systemwechsel zu einer alleinigen Spitalfinanzierung durch den Kanton und einer alleinigen Pflegefinanzierung durch die Gemeinden bei gleichbleibenden Trägerschaften möglich und mit welchen Folgen ein solcher Systemwechsel verbunden wäre. Der Grosse Rat hat in der Junisession 2016 vom Bericht Kenntnis genommen und sich mit grossem Mehr für die Weiterführung der geltenden Regelungen der Spitalpflegefinanzierung ausgesprochen. Bei dieser Ausgangslage erachtet die Regierung eine erneute Gesamtbeurteilung der Spitalfinanzierung frühestens in fünf Jahren als angezeigt. Im Übrigen wird derzeit geprüft, in welcher Höhe ein Nachtragskredit für die GWL 2021 beantragt werden soll, um die im Zusammenhang mit der Pandemie zusätzlich angefallenen Mehraufwendungen abgelden zu können.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag abzulehnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "M. Cavigelli".

Dr. Mario Cavigelli

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Daniel Spadin".

Daniel Spadin

Auftrag Caviezel (Davos Clavadel) betreffend Anerkennung von Mindereinnahmen/Mehrkosten COVID-19 ab März 2021

Die Regierung hat mit dem Regierungsbeschluss RB 289/2020 beschlossen, die Hauptleistungserbringer im Gesundheitswesen während der COVID-19-Pandemie zu unterstützen, indem sie einerseits Mindereinnahmen abgelten und andererseits Mehrkosten übernehmen will. Dieser Regierungsbeschluss beruht auf Notrecht und ist deshalb nach einem Jahr per Ende Februar 2021 ausgelaufen. Die Regierung wird beauftragt, geeignete Massnahmen für eine Nachfolgelösung ab März 2021 zu ergreifen, die bis zum Ende der COVID-19-Pandemie gültig ist.

Eine Umfrage des Bündner Spital- und Heimverbandes BSH bei den Akutspitalern im Kanton Graubünden hat ergeben, dass die Hauptleistungserbringer nach wie vor durch die COVID-19-Pandemie an Mindereinnahmen und Mehrkosten leiden.

Fast alle Akutspitäler im Kanton Graubünden haben im Geschäftsjahr 2020 einen negativen EBIT erwirtschaftet, erstmals auch das Kantonsspital Graubünden. Dank der kantonalen Beiträge sind die Defizite noch einigermaßen moderat ausgefallen. Ohne kantonale Beiträge wäre die Lage aber katastrophal und existenzgefährdend für die Spitallandschaft in Graubünden.

Eine weitere Umfrage bei den gleichen Akutspitalern zum Geschäftsverlauf im ersten Quartal 2021 hat gezeigt, dass insbesondere die stationäre Auslastung deutlich unter der des Jahres 2020 und sehr deutlich unter der des Jahres 2019 lag. Im Durchschnitt 12 %, gesamthaft ca. 8,9 Millionen Franken. Dazu kommen Mehraufwände von ca. 1 Million Franken, also ein Total von ca. 10 Millionen Franken nur in einem Quartal. Die Einnahmeverluste aus ambulanten Behandlungen sind dabei aus Gleichbehandlungsgründen mit den Hausärzten **nicht** mit eingerechnet. Wenn nun auch noch der Regierungsbeschluss betreffend Anerkennung von Mindereinnahmen/Mehrkosten COVID-19 per Ende Februar 2021 ausläuft, wird die Situation für die Akutspitäler definitiv existenzgefährdend.

Verschärft wird die Situation durch den Fachkräftemangel, Lohnangleichungsforderungen des Pflegepersonals, offensichtliche Unterdeckung bei der Erbringung diverser gemeinwirtschaftlicher Leistungen (GWL), Festsetzungsstau bei Tarifentscheiden sowie in hohem Ausmass ungedeckten Kosten bei Aus- und Weiterbildung.

Aus den erwähnten Gründen beantragen die Unterzeichnenden:

1. Kurzfristig eine Rechtsgrundlage als Nachfolgelösung für die Anerkennung von Mindereinnahmen/Mehrkosten aus der COVID-19-Pandemie ab März 2021 zu erarbeiten.
2. Mittelfristig eine Gesamtbetrachtung der Spitalfinanzierung im Kanton Graubünden vorzunehmen.

Davos, 21. April 2021

Caviezel (Davos Clavadel), Cahenzli-Philipp, Loepfe, Alig, Berther, Berweger, Brandenburger, Brunold, Buchli-Mannhart, Caluori, Cantieni, Casutt-Derungs, Caviezel (Chur), Censi, Cramerli, Della Vedova, Deplazes (Rabius), Derungs, Ellemunter, Engler, Epp, Favre Accola, Felix, Flütsch (Splügen), Föhn, Giacomelli, Gort, Grass, Gugelmann, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hofmann, Holzinger-Loretz, Hug, Jenny, Jochum, Kienz, Koch, Kunfermann, Kunz (Fläsch), Maissen, Märchy-Caduff, Marti, Michael (Donat), Mittner, Müller (Susch), Natter, Niggli-Mathis (Grüsch), Perl, Pfäffli, Preisig, Rettich, Rüegg, Rutishauser, Salis, Sax, Schutz, Schwärzel, Stiffler, Thomann-Frank, Thür-Suter, Tomaschett (Chur), Ulber, Valär, von Ballmoos, Waidacher, Weidmann, Wellig, Widmer-Spreiter (Chur), Wilhelm, Zanetti (Landquart), Adank-Arioli, Costa, Decurtins-Jermann, Heini, Pajic, Spadarotto, van Kleef



Sesida dals

22 da zercladur 2021

Communitgà ils

29 da zercladur 2021

Protocol nr.

586/2021

Incumbensa Caviezel (Tavau Clavadel)

concernent la renconuschientscha d'entradas pli pitschnas/
da custs supplementars COVID-19 a partir dal mars 2021

Resposta da la Regenza

Cun il conclus dals 14 d'avrigl 2020 (prot. nr. 289/2020) ha la Regenza relaschè l'Ordinaziun davart il pajament da prestaziuns d'utilitad publica ad ospitals publics e davart la surpigliada da perditas d'entradas d'ospitals sco mesira per dumagnar la pandemia da COVID-19. L'ordinaziun che valeva fin ils 28 da favrer 2021 ha gi l'intent da surpigliar las perditas d'entradas ch'èn vegnidas chaschunadas dal scumond ordinà dal Cussegl federal da desister a partir dals 21 da mars 2020 da far visitas medicinalas, tractaments medicinalas e terapias medicinalas (operaziuns) betg urgentas (art. 10a al. 2 da l'Ordinaziun 2 davart las mesiras per cumbatter il coronavirus (COVID-19) [Ordinaziun 2 davart COVID-19; CS 818.101.24]). Quest scumond è puspè vegnì aboli dal Cussegl federal ils 27 d'avrigl 2020. A la gronda part dals manaschis èsi gartegià en il decurs da l'onn 2020, da prender suenter almain ina part da las operaziuns spustadas. Correspondentamain sto ina part dals 27,8 milliuns francs pajads ora puspè vegnir restituida. Tenor la decleraziun persunala dals manaschis per la fin da l'onn 2020 importa la summa che sto vegnir pajada enavos var 6,7 milliuns francs. L'atezza definitiva dals imports vegn fixada da la Regenza suenter avoir verificgà las indicaziuns dals manaschis.

Cuntinuar cun la cuvrada da las perditas d'entradas dals ospitals er durant l'onn 2021 na fiss betg gist cumpareglia cun il rest da l'economia, perquai che las perditas d'entradas da l'onn 2021 na pon betg vegnir motivadas cun in scumond da far operaziuns, mabain primarmain cun il regress dal turissem resp. cun la situaziun economica en general. En il sector da l'indemnisaziun per cas da direzza d'interpresas vegnan deliberads daners, sche la perdita da la svieuta è stada almain 40 pertschient u sch'ina interpresa è stada serrada durant almain 40 dis pervia d'ina ordinaziun uffiziala. En l'incumbensa vegn numnà il regress da l'occupaziun staziunara dad en media 12 pertschient. Resguardond la directiva per pajar ina indemnisaziun per cas da direzza na pari betg inditgà da cuntinuar cun la cuvrada da las perditas d'entradas e d'elavurar ina basa legala respectiva per quai.

Per cuvrir ils custs supplementars ch'èn resultads supplementarmain en connex cun la pandemia basta l'art. 24 al. 2 lit. i da la Lescha per promover la tgira da persunas

malsaunas e l'assistenza da personas attempadas e da personas che basegnan tgira (Lescha per promover la tgira da personas malsaunas; DG 506.000). Tenor la retschertga tar ils manaschis importan ils custs supplementars en l'emprim quartal dal 2021 var 1,8 milliuns francs, extrapolà per tut l'onn 2021 pia stgars sur 7 milliuns francs. La Regenza ha l'intenziun da renconuscher quests custs supplementars sco prestaziuns d'utilitad publica dal provediment medicinal per cas d'urgenza e per catastrofas e d'als cuvrir cun contribuziuns supplementaras.

Tar il punct 1: Ils custs supplementars chaschunads da la pandemia pon vegnir surpigliads en il rom da las basas legalas existentas. La surpigliada da las perditas dal retgav para nuncunvegnetta – cumpareglià cun autras interpresas en il chantun. Pervia da quai vegni desistì d'elavurar ina nova basa legala.

Tar il punct 2: La Cumissiun per sanadad e fatgs socials (CSF) aveva inoltrà la sessiun da zercladur 2011 ina incumbensa d'examinar il detretschament da las incumbensas e da las finanzas en la tgira da personas malsaunas. L'expert extern ch'è vegnì nominà silsunter ha examinà en spezial, sut tge circumstanzas ch'ina midada da sistem ad ina finanziaziun dals ospitals sulettamain tras il chantun ed ad ina finanziaziun da la tgira unicamain tras las vischnancas fiss pussaivla, sche las instituziuns responsablas restassan las medemas e cun tge consequenzas ch'ina tala midada da sistem fiss colliada. En la sessiun da zercladur 2016 ha il Cussegl grond prendì enconuschientscha dal rapport ed è s'exprimì cun ina gronda maiortad per la cuntinuaziun da las regulaziuns vertentas da la finanziaziun dals ospitals. Pervia da questa situaziun da partenza resguarda la Regenza ina nova analisa generala da la finanziaziun dals ospitals sco inditgada il pli baud en 5 onns. Dal rest vegni actualmain examinà, en tge autezza ch'in credit posteriur duai vegnir dumandà per las prestaziuns d'utilitad publica da l'onn 2021 per pudair indemniser ils custs supplementars che vegnan chaschunads supplementarmain en connex cun la pandemia.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond da refusar questa incumbensa.



En num da la Regenza

Il president:

Dr. Mario Cavigelli

Il chancelier:

Daniel Spadin

Incumbensa Caviezel (Tavau Clavadel) concernent la reconuschientscha d'entradas pli pitschnas/ da custs supplementars COVID-19 a partir dal mars 2021

Cun il conclus nr. 289/2020 ha la Regenza concludì da sustegnair ils furniturs principals da prestaziuns en ils fatgs da sanadad durant la pandemia da COVID-19, indemnisond d'ina vart las entradas pli pitschnas e surpigliond da l'autra vart ils custs supplementars. Quest conclus da la Regenza sa basa sin dretg d'urgenza ed è pervia da quai ù a fin sunter 1 onn per la fin da favrer 2021. La Regenza vegn incumbensada da prender mesiras adattadas per ina soluziun successura a partir dal mars 2021 che vala fin a la fin da la pandemia da COVID-19.

In'enquista da la Federaziun grischuna "Chasas ed ospitals" FCO tar ils ospitals acuts en il chantun Grischun mussa ch'ils furniturs principals da prestaziuns pateschan anc adina d'entradas pli pitschnas e da custs supplementars en connex cun la pandemia da COVID-19.

Quasi tut ils ospitals acuts en il chantun Grischun han realisà in EBIT (earnings before interest and taxes) negativ per l'onn da gestiun 2020, l'emprima giada er l'Ospital chantunal dal Grischun. Grazia a las contribuziuns chantunalas èn ils deficits restads tut en tut anc moderads. Senza contribuziuns chantunalas fiss la situaziun però catastrofala per la cuntrada d'ospitals en il Grischun e l'existenza dals ospitals fiss periclitada.

In'ulteriura enquista tar ils medems ospitals acuts davart l'andament da las fatschentas en l'emprim quartal da l'onn 2021 mussa che en spezial l'occupaziun staziunara era cleramain sut quella da l'onn 2020 e fitg cleramain sut quella da l'onn 2019. En media 12 %, tut en tut ca. 8,9 milliuns francs. Vitiers vegnan custs supplementars da ca. 1 milliun francs, pia in total da ca. 10 milliuns francs mo en in quartal. Las perditas d'entradas dals tractaments ambulants n'èn **betg** resguardadas en quest connex per motivs dal tractament egual da las medias e dals medis da chasa. Sch'er anc il conclus da la Regenza concernent la reconuschientscha d'entradas pli pitschnas/da custs supplementars COVID-19 scada ussa per la fin da favrer 2021, periclitescha quai definitivamain l'existenza dals ospitals acuts.

Pegiurada vegn la situaziun da la mancanza da personas spezialisadas, da pretensiuns d'adattar il salari dal personal da tgira, d'ina sutcuvida evidenta tar la furniziun da differentas prestaziuns d'utilitad publica, d'ina bloccada da las decisiuns per fixar las tariffas sco er grondamain da custs betg cuvrìs per la scolaziun e per la furnaziun supplementara.

Per ils motivs menziunads dumondan las sutsegnadras ed ils sutsegnaders:

1. d'elavurar a curta vista ina basa legala sco soluziun successura per reconuscher entradas pli pitschnas/custs supplementars che resultan da la pandemia da COVID-19 a partir dal mars 2021.
2. da far a media vista ina consideraziun cumplexsiva da la finanziaziun dals ospitals en il chantun Grischun.

Tavau, ils 21 d'avrigl 2021

Caviezel (Tavau Clavadel), Cahenzli-Philipp, Loepfe, Alig, Berther, Berweger, Brandenburger, Brunold, Buchli-Mannhart, Caluori, Cantieni, Casutt-Derungs, Caviezel (Cuira), Censi, Crameri, Della Vedova, Deplazes (Rabius), Derungs, Ellemunter, Engler, Epp, Favre Accola, Felix, Flütsch (Spleia), Föhn, Giacomelli, Gort, Grass, Gugelmann, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hofmann, Holzinger-Loretz, Hug, Jenny, Jochum, Kienz, Koch, Kunfermann, Kunz (Fläsch), Maissen, Märchy-Caduff, Marti, Michael (Donat), Mittner, Müller (Susch), Natter, Niggli-Mathis (Grüsch), Perl, Pfäffli, Preisig, Rettich, Rüegg, Rutishauser, Salis, Sax, Schutz, Schwärzel, Stiffler, Thomann-Frank, Thür-Suter, Tomaschett (Cuira), Ulber, Valär, von Ballmoos, Waidacher, Weidmann, Wellig, Widmer-Spreiter (Cuira), Wilhelm, Zanetti (Landquart), Adank-Arioli, Costa, Decurtins-Jermann, Heini, Pajic, Spadarotto, van Kleef



Seduta del

22 giugno 2021

Comunicata il

29 giugno 2021

Protocollo n.

586/2021

Incarico Caviezel (Davos Clavadel)

concernente il riconoscimento di minori entrate / spese supplementari COVID-19 a partire da marzo 2021

Risposta del Governo

Con decreto del 14 aprile 2020 (prot. n. 289/2020), il Governo ha emanato l'ordinanza concernente il pagamento di prestazioni economicamente di interesse generale a favore di ospedali pubblici e l'assunzione di perdite di guadagno degli ospedali quale provvedimento per far fronte alla pandemia di COVID-19. L'ordinanza in vigore fino al 28 febbraio 2021 aveva quale scopo l'assunzione di perdite di guadagno riconducibili al divieto disposto dal Consiglio federale a partire dal 21 marzo 2020 di effettuare esami, trattamenti e terapie (interventi) medici non urgenti [art. 10a cpv. 2 dell'ordinanza 2 sui provvedimenti per combattere il coronavirus (COVID-19) (ordinanza 2 COVID-19; RS 818.101.24)]. Il Consiglio federale ha revocato questo divieto con effetto al 27 aprile 2020. Nel corso del 2020 la maggior parte delle aziende è riuscita a recuperare almeno una parte degli interventi rinviati. Di conseguenza una parte dei 27,8 milioni di franchi erogati deve di nuovo essere restituita. Stando a quanto dichiarato dalle stesse aziende, a fine 2020 l'importo da restituire ammontava a circa 6,7 milioni di franchi. L'ammontare definitivo dei contributi sarà stabilito dal Governo dopo che i dati delle aziende saranno stati esaminati.

Mantenere la copertura delle perdite di guadagno degli ospedali anche per il 2021 sarebbe iniquo nei confronti del resto del mondo economico, dato che le perdite di guadagno nel 2021 non possono essere motivate con un divieto di effettuare interventi, bensì sono dovute in primo luogo al calo del turismo e alla situazione economica generale. Nel settore delle indennità per casi di rigore a favore di imprese vengono concessi mezzi se il calo della cifra d'affari è ammontato almeno al 40 per cento oppure se un'impresa è rimasta chiusa per ordine delle autorità per almeno 40 giorni. Nell'incarico il calo dell'occupazione stazionaria viene quantificato in una media del 12 per cento. Tenendo conto della direttiva per l'erogazione di un'indennità per casi di rigore, non risulta opportuno mantenere ulteriormente la copertura delle perdite di guadagno e procedere all'elaborazione di una corrispondente base giuridica.

Per coprire le spese supplementari risultate in relazione alla pandemia è sufficiente l'art. 24 cpv. 2 lett. i della legge sulla promozione della cura degli ammalati e dell'assistenza alle persone anziane e bisognose di cure (legge sulla cura degli ammalati, LCA; CSC 506.000). Stando a un sondaggio svolto tra le aziende, nel primo trimestre le spese supplementari ammontano a circa 1,8 milioni di franchi, vale a dire a poco più di 7 milioni di franchi per l'intero 2021. Il Governo intende riconoscere queste spese supplementari quali prestazioni economicamente di interesse generale per la previdenza medica per situazioni d'emergenza e catastrofi e coprirle con contributi supplementari.

In merito al punto 1: l'assunzione delle spese supplementari dovute alla pandemia può avvenire nel quadro delle basi legali esistenti. L'assunzione delle perdite di guadagno risulta inaccettabile per ragioni di parità di trattamento nei confronti delle altre imprese del Cantone, ragione per cui occorre rinunciare a elaborare una nuova base giuridica.

In merito al punto 2: nella sessione di giugno 2011 la Commissione per la sanità e la politica sociale (CSPS) ha presentato un incarico concernente la dissociazione dei compiti e del finanziamento nel settore delle cure medico-sanitarie. Il perito esterno incaricato ha esaminato in particolare le condizioni in presenza delle quali sarebbe possibile un cambiamento di sistema verso un finanziamento degli ospedali esclusivamente da parte del Cantone e un finanziamento delle cure esclusivamente da parte dei comuni, con enti responsabili invariati, e le conseguenze che un tale cambiamento di sistema comporterebbe. Il Gran Consiglio ha preso atto del rapporto nella sessione di giugno 2016 e a grande maggioranza si è espresso a favore del mantenimento delle regole vigenti per quanto riguarda il finanziamento delle cure ospedaliere. Considerate queste premesse, il Governo ritiene opportuno un nuovo esame complessivo del finanziamento ospedaliero al più presto tra cinque anni. Inoltre si sta attualmente esaminando a quanto debba ammontare la richiesta di credito suppletivo per prestazioni economicamente di interesse generale 2021 per poter indennizzare le spese supplementari dovute alla pandemia.

A seguito di quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di respingere l'incarico in oggetto.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Mario Cavigelli

Il Cancelliere:

Daniel Spadin

Incarico Caviezel (Davos Clavadel) concernente il riconoscimento di minori entrate / spese supplementari COVID-19 a partire da marzo 2021

Con decreto governativo DG 289/2020 il Governo ha deciso di sostenere i principali fornitori di prestazioni sanitarie durante la pandemia di COVID-19, da un lato indennizzando le minori entrate e dall'altro facendosi carico delle spese supplementari. Questo decreto governativo si fonda sul diritto di necessità e perciò è scaduto dopo un anno a fine febbraio 2021. Il Governo viene incaricato di adottare misure idonee per una soluzione successiva valida a partire da marzo 2021 fino alla fine della pandemia di COVID-19.

Da un sondaggio svolto dalla Federazione grigionese ospedali e case di cura FGOC presso gli ospedali per la cura di malattie acute del Cantone dei Grigioni è emerso che i principali fornitori di prestazioni sono confrontati tuttora a minori entrate / spese supplementari a seguito della pandemia di COVID-19.

Nell'anno d'esercizio 2020 quasi tutti gli ospedali per la cura di malattie acute del Cantone dei Grigioni hanno conseguito un EBIT negativo, per la prima volta ciò ha riguardato anche l'Ospedale cantonale dei Grigioni. Grazie ai sussidi cantonali, i disavanzi sono risultati ancora relativamente moderati. Senza i sussidi cantonali la situazione sarebbe però disastrosa e metterebbe a rischio l'esistenza del panorama ospedaliero grigionese.

Un ulteriore sondaggio svolto presso gli stessi ospedali relativo all'andamento dell'attività nel primo trimestre 2021 ha mostrato che in particolare l'occupazione stazionaria si colloca in modo chiaro al di sotto di quella del 2020 e in modo molto chiaro al di sotto di quella del 2019. In media del 12 %, complessivamente di ca. 8,9 milioni di franchi. Vi si aggiungono spese supplementari per ca. 1 milione di franchi, ossia un totale di ca. 10 milioni di franchi in un solo trimestre. Per ragioni di parità di trattamento con i medici di famiglia, le perdite di entrate da trattamenti ambulatoriali non sono considerate. Se ora a fine febbraio 2021 è scaduto anche il decreto governativo concernente il riconoscimento di minori entrate / spese supplementari COVID-19, la situazione per gli ospedali per la cura di malattie acute è tale da metterne definitivamente a rischio l'esistenza.

La situazione viene aggravata dalla carenza di specialisti, dalle richieste di parificazione salariale del personale di cura, dalla palese sottocopertura nella fornitura di varie prestazioni economicamente di interesse generale, dall'impasse in relazione alla determinazione delle tariffe nonché dai costi in ampia misura scoperti relativi a formazione e perfezionamento professionale.

Per i motivi summenzionati, le firmatarie e i firmatari conferiscono l'incarico seguente:

1. Elaborare a breve termine una base giuridica quale soluzione successiva per il riconoscimento di minori entrate / spese supplementari risultanti dalla pandemia di COVID-19 a partire da marzo 2021.
2. Procedere a medio termine a una riflessione generale relativa al finanziamento degli ospedali nel Cantone dei Grigioni.

Davos, 21 aprile 2021

Caviezel (Davos Clavadel), Cahenzli-Philipp, Loepfe, Alig, Berther, Berweger, Brandenburger, Brunold, Buchli-Mannhart, Caluori, Cantieni, Casutt-Derungs, Caviezel (Coira), Censi, Crameri, Della Vedova, Deplazes (Rabius), Derungs, Ellemunter, Engler, Epp, Favre Accola, Felix, Flütsch (Splügen), Föhn, Giacomelli, Gort, Grass, Gugelmann, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hofmann, Holzinger-Loretz, Hug, Jenny, Jochum, Kienz, Koch, Kunfermann, Kunz (Fläsch), Maissen, Märchy-Caduff, Marti, Michael (Donat), Mittner, Müller (Susch), Natter, Niggli-Mathis (Grüsch), Perl, Pfäffli, Preisig, Rettich, Rüegg, Rutishauser, Salis, Sax, Schutz, Schwärzel, Stiffler, Thomann-Frank, Thür-Suter, Tomaschett (Coira), Ulber, Valär, von Ballmoos, Waidacher, Weidmann, Wellig, Widmer-Spreiter (Coira), Wilhelm, Zanetti (Landquart), Adank-Arioli, Costa, Decurtins-Jermann, Heini, Pajic, Spadarotto, van Kleef